

Übungsblatt II

Wiederholungsaufgaben (Kosten I. Instanz)

Zitierte Vorschriften sind – sofern nicht anderweitig bezeichnet – solche des GKG.

Aufgabe 1

K erhebt Klage gegen B mit folgenden Anträgen:

1. Der Beklagte wird verurteilt, die von ihm innegehaltene **Wohnung zu räumen** und an den Kläger herauszugeben.
2. Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger **5.000,00 EUR rückständige Mieten** nebst Zinsen i.H.v. 5 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.
3. Der Beklagte wird verurteilt, dem Kläger **außergerichtlich** entstandene **Rechtsanwaltskosten in Höhe von 1.200,00 EUR** zu erstatten.

Mietvertraglich wurde zwischen den Parteien eine **Netto-Kaltmiete von 800,00 EUR** vereinbart. Weiterhin zahlt der Beklagte **pauschal 300,00 EUR Nebenkosten**, welche nicht gesondert abgerechnet werden. Der Beklagte bewohnt die streitgegenständliche Wohnung seit 12 Jahren.

a) Berechnen Sie den Streitwert des Verfahrens nach Eingang der Klage. (§)

I. Klageantrag zu 1 (Räumung)

Gem. **§ 41 Abs. 2 GKG** bestimmt sich der Wert grundsätzlich nach dem für die Dauer eines Jahres zu zahlendem Entgelt.

Der Begriff des Entgelts ist gem. **§ 41 Abs. 1 S. 2 GKG** grundsätzlich mit der zu zahlenden monatlichen Nettokaltmiete gleichzusetzen es sei denn, es werden pauschale Nebenkosten geltend gemacht und nicht gesondert abgerechnet. So liegt der Fall hier.

Die pauschalen und nicht gesondert abgerechneten Nebenkosten iHv 300,00 EUR sind der Netto-Kaltmiete hinzuzuaddieren mit der Folge, dass das maßgebende Entgelt hier 1.100,00 EUR beträgt.

Der Wert des Klageantrags zu 1 ist daher mit $12 \times 1.100,00 \text{ EUR} = \mathbf{13.200,00 \text{ EUR}}$ anzusetzen.

II. Klageantrag zu 2 (Mietrückstände):

Der Wert richtet sich nach der konkret begehrten Zahlung (auf Zahlung gerichtete Leistungsklage) und somit 5.000,00 EUR, **§ 48 Abs. 1 GKG iVm §§ 3 ff ZPO**. Die geltend gemachten Zinsen bleiben gem. § 43 Abs. 1 bei der Wertberechnung unberücksichtigt.

III. Klageantrag zu 3 (RA-Kosten)

Außergerichtliche Rechtsanwaltskosten bleiben gem. **§ 43 Abs. 1 GKG** grundsätzlich unberücksichtigt.

Gem. **§ 39 Abs. 1 GKG** werden die Einzelwerte der Klageanträge addiert mit der Folge, dass der Gebührenstreitwert des gesamten Verfahrens $13.200 \text{ EUR} + 5000 \text{ EUR} = \mathbf{18.200 \text{ EUR}}$ beträgt.

b) Fertigen Sie Kostenrechnung zur Vorauszahlung der Verfahrensgebühr.

Tatbestand	KV-Nr.:	Wert (EUR)	Betrag (EUR):	Mithaft
Verfahren im Allgemeinen)	1210	18.200	1.123,50	Kläger: 1.123,50 EUR

Baustein	Fälligkeit tritt gem. § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GKG mit Eingang der Klage ein.
A	
B	Kostenschuldner ist K als Antragsteller gem. § 22 Abs. 1 S. 1 GKG .
C	Gem. § 12 Abs. 1 S. 1 GKG ist mit Kostennachricht gem. § 26 KostVfg eine Vorauszahlung zu fordern. Sie wird gem. §§ 4 Abs. 2, 15 Abs. 1 und 26 Abs. 1 KostVfg von K erfordert.

c) Was hat der Kostenbeamte zu veranlassen, wenn auch nach Ablauf von 6 Monaten die zu a) erfordernten Kosten nicht gezahlt worden sind? (§)

Gem. **§ 26 Abs. 8 KostVfg** ist dem Kläger eine 1,0 Verfahrensgebühr, d.h. 374,50 EUR **zum Soll** zu stellen.

Aufgabe 2

Harry Kluge verklagt Bernd Schötter auf Zahlung von **300,00 EUR**. Die Klageschrift geht am 03.04.2021 bei Gericht ein. Nach Zahlung der Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen und Zustellung der Klageschrift an den Beklagten erweitert der Kläger seine Klage mit folgendem Antrag:

*Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger **810,00 EUR** nebst Zinsen in Höhe von 10% seit dem 01.03.2020 zu zahlen.*

a) Fertigen Sie die Kostenrechnung für die Vorauszahlung der Verfahrensgebühr

Tatbestand	KV-Nr.:	Wert (EUR)	Betrag (EUR):	Mithaft Kläger
Verfahren im Allgemeinen)	1210	300,00	120,00	120,00

Baustein	Fälligkeit tritt gem. § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GKG mit Eingang der Klage ein.
A	
B	Kostenschuldner ist K als Antragsteller gem. § 22 Abs. 1 S. 1 GKG .
C	Gem. § 12 Abs. 1 S. 1 GKG ist mit Kostennachricht gem. § 26 KostVfg eine Vorauszahlung zu fordern. Sie wird gem. §§ 4 Abs. 2, 15 Abs. 1 und 26 Abs. 1 KostVfg von K erfordert.

b) Fertigen Sie Kostenrechnung und geben Sie insbesondere an, wie die Kosten vom Kostenschuldner zu erfordern sind (Sollstellung/Kostennachricht).

Tatbestand	KV-Nr.:	Wert (EUR)	Betrag (EUR):	Mithaft Kläger
Verfahren im Allgemeinen	1210	1.110 (§ 39 Abs. 1)	246	246
		bereits von K gezahlt:	120	
		Rest:	126	

Baustein	Fälligkeit tritt gem. § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GKG mit Eingang der Klage(-erweiterung) ein.
A	
B	Kostenschuldner ist K als Antragsteller gem. § 22 Abs. 1 S. 1 GKG .
C	Gem. § 12 Abs. 1 S. 2 GKG ist mit Kostennachricht gem. § 26 KostVfg eine Vorauszahlung zu fordern. Sie wird gem. §§ 4 Abs. 2, 15 Abs. 1 und 26 Abs. 1 KostVfg von K erfordert.

c) Erläutern Sie den Begriff der Fälligkeit und geben Sie an, wann nach vorliegendem Sachverhalt die Verfahrensgebühr fällig geworden ist. (§)

Fällig **im allgemeinen Sinne** ist eine Forderung, sobald der Gläubiger die ihm geschuldete Leistung auch *verlangen kann*. Im **Kostenrecht** bedeutet die Fälligkeit der (entstandenen) Kostenschuld, dass die Kostenschuld nun von der Gerichtskasse auch angesetzt und beigetrieben werden kann.

Aufgabe 3

K verklagt B auf Zahlung von **20.000,00 EUR Schmerzensgeld**. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erhebt B gegen K Widerklage auf **Herausgabe eines antiken Bilderrahmens**. Den Wert der Widerklage setzt das Gericht auf **8.000,00 EUR** fest. K nimmt daraufhin seine Klage in Höhe von **12.000,00 EUR zurück**.

Sodann **erweitert** der Beklagte seine **Widerklage** um einen Zahlungsantrag von **weiteren 2.000,00 EUR (Forderung aus Kaufvertrag)**.

a) Fertigen Sie Kostenrechnung zur Vorauszahlung der Verfahrensgebühr

Tatbestand	KV-Nr.:	Wert (EUR)	Betrag (EUR):	Mithaft
				Kläger
Verfahren im Allgemeinen	1210	20.000	1.215	1.215

Baustein	Fälligkeit tritt gem. § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GKG mit Eingang der Klage ein.
A	
B	Kostenschuldner ist K <u>als Antragsteller</u> gem. § 22 Abs. 1 S. 1 GKG .
C	Gem. § 12 Abs. 1 S. 1 GKG ist mit Kostennachricht gem. § 26 KostVfg eine Vorauszahlung zu fordern. Sie wird gem. §§ 4 Abs. 2, 15 Abs. 1 und 26 Abs. 1 KostVfg von K erfordert.

b) Fertigen Sie Kostenrechnung nach Eingang der Widerklage. Berechnen Sie auch die maximale Antragstellerhaftung der Parteien.

Tatbestand	KV-Nr.:	Wert (EUR)	Betrag (EUR):	Mithaft (EUR):	
				Kläger	Beklagter
Verfahren im Allgemeinen	1210	28.000	1.428	(3,0 Gebühr aus dem Wert der Klage (20.000) =) 1.215,00	(3,0 Gebühr aus dem Wert der Widerklage (8.000) =) 714,00
		Bereits von K gezahlt:	1.215		
		Rest:	213		

Baustein	Da die Widerklage gem. § 12 Abs. 2 Nr. 1 GKG nicht vorauszahlungspflichtig ist, erfolgt die Einforderung der Differenz im Wege der <u>Sollstellung</u> gem. §§ 4 Abs. 2, 15 Abs. 1 und 25 KostVfg mit <u>Kost 23</u> zu Lasten des Beklagten und Widerklägers.
K	

c) Fertigen Sie Kostenrechnung nach Eingang der Widerklageerweiterung. Berechnen Sie auch die maximale Antragstellerhaftung der Parteien.

Nebenrechnung zum Streitwert nach Widerklageerweiterung:

- I. Wert der Klage:
20.000 EUR (Nenn- bzw. Nominalwert), § 48 I GKG iVm §§ 3ff ZPO
- II. Wert der Widerklage:
8.000 + 2.000 = 10.000 EUR, § 39 Abs. 1 GKG
- III. Fazit/Gesamtwert:
Der Klagewert (I) wird gem. § 45 Abs. 1 S. 1 GKG mit dem Wert der Widerklage (II) addiert. Ein Fall von § 45 Abs. 1 S. 3 GKG liegt nicht vor, da die Gegenstände der Klage (Schmerzensgeld) und der Widerklage (Forderung aus Kaufvertrag, Herausgabe Bilderrahmen) **nicht** identisch und somit **nicht nämlich** sind.

Tatbestand	KV-Nr.:	Wert (EUR)	Betrag (EUR):	Maximale Mithaft (EUR):	
				Kläger	Beklagter
Verfahren im Allgemeinen	1210	30.000 § 45 I 1	1.428	(3,0 Gebühr aus dem Wert der Klage (20.000) =) 1.215,00	(3,0 Gebühr aus dem Wert der Widerklage nebst Erweiterung (10.000) =) 849,00
		Bereits von K gezahlt:	1.215		
		Bereits dem B zum Soll gestellt:	213		
		Rest:	0		

Es sind **keine weiteren Kosten** anzufordern als bereits vom Kläger gezahlt (1.215) und gegenüber dem Beklagten zum Soll gestellt (213,00).

Aufgabe 4

Peter Heintze verklagt Clara Schumann auf **Herausgabe eines Flügels** der Marke Steinway & Sons. Das Gericht setzt den Wert der Klage auf **23.000,00 EUR** fest. Nach Zahlung der Verfahrensgebühr und Zustellung der Klageschrift an die Beklagte erscheint die Beklagte persönlich bei Ihnen auf der Geschäftsstelle und äußert ihren Unmut betreffend der „völlig überzogenen“ Klage des Herrn Heintze. Weiterhin möchte die Beklagte eine weitere **Kopie der Klageschrift (120 Seiten)** für ihre Unterlagen überreicht bekommen. Nach Schluss der mündlichen Verhandlung wird die Klage durch Urteil vollständig abgewiesen. Die Kosten des Verfahrens werden dem Kläger auferlegt.

a) Fertigen Sie Kostenrechnung zur Vorauszahlung der Verfahrensgebühr nach Eingang der Klage

Tatbestand	KV-Nr.:	Wert (EUR)	Betrag (EUR):	Mithaft Kläger
Verfahren im Allgemeinen)	1210	23.000	1.306,50	1.306,50

Baustein	Fälligkeit tritt gem. § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GKG mit Eingang der Klage ein.
A	
B	Kostenschuldner ist Herr Heintze als <u>Antragsteller</u> gem. § 22 Abs. 1 S. 1 GKG .
C	Gem. § 12 Abs. 1 S. 1 GKG ist mit Kostennachricht gem. § 26 KostVfg eine Vorauszahlung zu fordern. Sie wird gem. §§ 4 Abs. 2, 15 Abs. 1 und 26 Abs. 1 KostVfg von Herrn Heintze erfordert.

b) Welche Kosten entstehen für den Antrag der Beklagten (Anfertigung von 120 Seiten Kopien aus der Akte). Berechnen Sie deren Höhe.

Es entstehen gem. **Nr. 9000 Nr. 1 a) KV GKG** Auslagen in Höhe von $50 \times 0,50 \text{ EUR} + 70 \times 0,15 \text{ EUR} = \underline{\underline{35,50 \text{ EUR}}}$.

c) Wann werden die zu b) berechneten Kosten fällig (§)

Die unter b) berechnete Dokumentenpauschale wird gem. **§ 9 Abs. 4 GKG** sofort (d.h. nach Anfertigung der Kopien) fällig.

d) Nennen Sie alle Kostenschuldner der zu b) berechneten Kosten (§)

Die Beklagte haftet für die Dokumentenpauschale als Antragsteller gem. **§ 28 Abs. 1 S. 1 GKG**.

Nach wohl herrschender Meinung, haften für die Kosten der Dokumentenpauschale nach Nr. 9000 Nr. 1 **a) GKG** weiterhin der Antragsteller des Verfahrens nach **§ 22 I GKG** (hier: Kläger) als auch der bzw. die Entscheidungs- bzw. Übernahmeschuldner nach **§ 29 Nr. 1, 2 GKG** (hier: Kläger als Entscheidungsschuldner).